

Kolumbien: Der Rechtsstaat als pure Fiktion

In Kolumbien ist der Rechtsstaat reine Formalität – Gesetze bestehen bloss auf dem Papier. Trotzdem muss der Schein aufrechterhalten werden, da der Rechtsstaat gegenüber der internationalen Gemeinschaft Legitimität garantiert. Die Einhaltung der Menschenrechte wird somit zu einem zentralen Angelpunkt, an dem die NGOs ansetzen können.

Die folgenden Aussagen sind auf Kolumbien - als Beispiel - bezogen, haben aber in der einen oder anderen Form für viele weitere Länder Lateinamerikas, Afrikas, Asiens und des Ostens Gültigkeit.

Aufgabe der Politik und der politischen Klasse Kolumbiens war und ist es, einerseits gegen aussen zu repräsentieren und sich an die formalen Gepflogenheiten der Politik zu halten. Andererseits sollen für die kleine und mächtige Wirtschaftselite möglichst günstige Bedingungen geschaffen und gewährleistet werden. Die politische Klasse hat die Aufgabe, gegen innen und aussen ein System des Ausschlusses zu legitimieren. Für diese Aufgabe - die Wahrung des status quo, die Ermöglichung der Ausbeutung von Ressourcen und Arbeitskräften und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaftselite - kassiert sie ihre Rente. Zu den hohen legalen Renten kommen Korruptionszahlungen dazu. Die politische Klasse verfolgt demnach kein eigenes politisches Projekt, sondern erhält die notwendige Fassade aufrecht und sahnt dafür kräftig ab. Die politische Klasse hat die Mentalität von „Rentiers“ (Rentenbezügern), die sich für ihre „Dienstleistungen“ grosszügig entschädigen lassen.

In Kolumbien - und den Ländern des Südens allgemein - ist die Zweidrittelgesellschaft schon lange eine Realität. Hier gehören zwei Drittel zu den Ausgeschlossenen, deren Grundrechte wie Bildung, Gesundheit, Wohnen, Ernährung und Arbeit nicht garantiert sind und vielfältig verletzt werden. Die Menschenrechte haben somit de facto keine Gültigkeit. Dies gilt sowohl für die politisch-bürgerlichen als auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte.

Der Rechtsstaat ist reine Formalität: Es werden periodisch Wahlen abgehalten und es gibt eine Verfassung sowie – auch im sozialen Bereich - eine Unzahl von Gesetzen. Diese existieren aber bloss auf dem Papier. Selbst ihre Einforderung durch Basisorganisationen wird mit Repression, willkürlicher Verhaftung, Anklagen vor der Sonderjustiz, Verschwindenlassen oder politischem Mord sanktioniert. Politische Gewalt geschieht in aller Regel in diesem Kontext. Legitime Forderungen (meist geht es um die Einforderung verbriefter Rechte!) werden gewaltsam unterdrückt, die Exponenten ermordet und die Basisbewegungen kriminalisiert.

Der Rechtsstaat als Fassade und Fiktion muss jedoch um jeden Preis aufrechterhalten werden. Er allein garantiert Legitimität gegenüber der so genannten internationalen Gemeinschaft. Nur die Aufrechterhaltung eines fiktiven Rechtsstaates ermöglicht den Ländern des Nordens den ungestörten Handel und eine normale Geschäftsabwicklung mit den Regierungen des Südens. Nord und Süd sind daran interessiert, den fiktiven Rechtsstaat auch dann aufrecht zu erhalten, wenn allen Beteiligten - wie im Fall Kolumbiens - klar ist, dass es bestenfalls eine höchst prekäre Rechtsstaatlichkeit gibt.

Die Rolle der Menschenrechte

In dieser Situation wird die Einforderung der Menschenrechte zu einem zentralen Angelpunkt. Die Rechtsstaatlichkeit erfordert ihre Einhaltung. Staatliche Legitimität ist nur möglich, wenn diese Rechte durchgesetzt, respektiert und geschützt werden. Dies gilt nach innen und aussen. Die Basisbewegungen, die Ausgeschlossenen, die gewaltsam Vertriebenen, die politisch Verfolgten und die Menschenrechtsorganisationen haben damit einen entscheidenden und wichtigen Poker in der Hand: die Einforderung der Rechtsstaatlichkeit, d.h. die volle Gültigkeit der politisch-bürgerlichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte. Die permanente, systematische Verletzung des elementaren Rechts auf Leben - wie es in Kolumbien täglich der Fall ist - entzieht dem Staat seine Legitimität. Dieser verliert als Garant seiner eigenen Gesetzgebung und als Unterzeichnender und Vertragspartner internationaler Menschen- und Völkerrechts-Abkommen seine Glaubwürdigkeit. In der Folge nimmt er Zuflucht zu parainstitutionellen Strukturen, die er selber schafft, fördert, toleriert, unterstützt, deckt und teilweise legalisiert. Solche Strukturen wie beispielsweise paramilitärische Verbände werden mit der Schmutzarbeit beauftragt, die sie im Namen des Staates und im Rahmen einer überlegten, geplanten Strategie ausführen. In der Folge erscheint der Staat nicht nur mit „reiner Weste“, sondern kann sich selber als Opfer der Gewalt von links (Guerilla) und von rechts (Paramilitärs) darstellen. Dank der paramilitärischen Gewalt als „unabhängigem, drittem Akteur“ kann der Staat seine fiktive Rechtsstaatlichkeit aufrechterhalten. Darum hat er (mit lobens- und aner kennenswerter Ausnahme einzelner staatlicher Funktionäre und sogar Militärs) nie den Kampf gegen den Paramilitarismus aufgenommen und es bei verbalen Verurteilungen belassen. Unzählige Zeugenaussagen, Dokumente, Geständnisse und Untersuchungen belegen glaubwürdig und nachweislich die Verbindung von staatlichen Strukturen mit dem paramilitärischen Projekt.

Die herausragende Rolle, die den Menschenrechten als Instrument der Ausgeschlossenen zur Einforderung der Menschenwürde zukommt, stellt für das Establishment sowohl im Süden als auch im Norden eine potenzielle Gefahr dar. Der Ausschluss, wie er im Süden praktiziert wird, ist ein Hohn für jeden Rechtsstaat und die Menschenrechte in ihrer Gesamtheit. Er entzieht diesen „formalen Demokratien“ zunehmend ihre scheinbare Legitimität. In den Ausgeschlossenen offenbart sich der wahre Charakter der vielgepriesenen neoliberalen Deregulierung. Wohl angesichts ihres Hinterhofes Lateinamerika haben die USA die Gefahr entdeckt, die in der Einforderung der Menschenrechte steckt. In einer offensiven Vorwärtsstrategie versuchen sie, den Menschenrechtsdiskurs für ihre politischen und wirtschaftlichen Zwecke zu instrumentalisieren. Angeblich zum Schutz der Menschenrechte werden bewaffnete Interventionen durchgeführt, die so eine vermeintliche Legitimität erhalten. Nach dem Ende des kalten Krieges müssen Demokratie und Menschenrechte sowie der Kampf gegen Drogen und Terrorismus zur Rechtfertigung anderer Ziele hinhalten.